

## Wie sehen NROs eine zukünftige schweizerische Menschenrechtsinstitution?

Vertreterinnen und Vertreter von rund vierzig Nichtregierungsorganisationen (NROs) trafen sich Ende Oktober zu einer Arbeitstagung in Bern und diskutierten Ausgestaltung, Funktionen und Kompetenzen einer künftigen schweizerischen Menschenrechtsinstitution. Die diesbezüglichen Forderungen der NROs lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die zukünftige Institution muss auf einer eindeutigen gesetzlichen Grundlage stehen, die ihr ein klares, möglichst weitreichendes Mandat gibt.
- Die Institution muss – vor allem finanziell – unabhängig arbeiten können und genügend Ressourcen erhalten.
- Die Stelle soll in erster Linie Menschenrechtsverletzungen in der Schweiz beobachten und Empfehlungen von internationalen Komitees in die Tat umsetzen.
- Die Institution soll im Bereich der Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle spielen und die Behörden und die breite Bevölkerung sensibilisieren.

Die Arbeitsgruppe Menschenrechts-Kommission, welche die Tagung organisiert hatte, wird die Ergebnisse nun zusammenfassen. Daraus wird eine gemeinsame Stellungnahme der NROs zu Händen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) entstehen.

24.10.03

### **Auf dem Weg zu einem bundesrätlichen Bericht**

Seit 2001 setzt sich die Arbeitsgruppe Menschenrechts-Kommission für die Schaffung einer Menschenrechtsinstitution ein. Im Juni dieses Jahres nahm der Nationalrat eine entsprechende Parlamentarische Initiative an. Die Politische Abteilung IV (Sektion Menschliche Sicherheit) des EDA beauftragte darauf die unabhängige Juristin Erika Schläppi, einen Grundlagenbericht auszuarbeiten, die sie im Sommer 2003 abieferte. Er präsentiert sechs Modelle, die von einer ausserparlamentarischen Kommission über ein unabhängiges Institut bis zu einem „Rat der Weisen“ reichen. Die PA IV wollte von den NROs nun wissen, welche Vorschläge aus dem Bericht Schläppi aus ihrer Sicht in Frage kommen. Die PA IV wird in den kommenden Monaten einen Bericht ausarbeiten, der im Frühjahr 2004 vom Bundesrat verabschiedet werden soll.